

Roma-Zeltlager in Terfens geräumt

Trotz großer Solidarität kaum Hoffnung auf bessere Lebenschancen

Terfens im April 2012 ist nicht mit Frankreich im August 2010 vergleichbar. Damals hatte der französische Präsident Sarkozy die Absicht, zahlreiche große Roma-Lager aufzulösen und die Menschen in ihre Herkunftsländer Rumänien und Bulgarien zurückzuschicken. Ein eindeutiger Verstoß gegen eine EU-Richtlinie, hatten diese Roma doch – als EU-BürgerInnen – das Recht, sich bis zu drei Monaten in Frankreich aufzuhalten. Damals trat die EU-Kommission gegen den französischen Präsidenten in Aktion, hat Ausweisungen verhindert.

Auch die seit einigen Wochen in Terfens Station machenden Romafamilien sind durch diesen EU-Rechtstitel geschützt. Dennoch war und ist es leicht, ihnen andere Rechtsverletzungen nachzuweisen. Diese mittellosen Menschen (zwischen 30 und 40 Personen) haben – wie in diversen Medien berichtet – ihre Zelte unter einer Brücke, einem Asfinag-Grundstück, aufgeschlagen. Da sanitäre und infrastrukturelle Einrichtungen fehlen, sind die hygienischen Verhältnisse äußerst problematisch. Für die Gemeinde Grund genug, die Roma wegen wilden Campierens zu belangen und sie aufzufordern, das „Feld“ zu räumen.

Bei einem Krisengipfel am vergangenen Freitag wurde die Zustellung eines Räumungsbescheides in der Gemeinde Terfens beschlossen. Bevor Bürgermeister Hubert Hußl dann am Montag zu diesem Zweck ins Zeltlager fuhr, liefen bei ihm die Telefone heiß. Eine Gruppe von Aktivistinnen hatte in der Nacht davor begonnen, Roma-Eigenorganisationen, NGOs und andere unterstützende Institutionen und Personen zu informieren und zu mobilisieren. Die ersten Anrufer waren Prof. Rudolf Sarközi, Vorsitzender des Rechtsbeirats österreichischer Roma, Wien, und Pfarrer Wolfgang Pucher aus Graz, der sofortige Ersthilfe für die betroffenen Familien anbot. Weitere Anrufe und unterstützende Emails sollten folgen, die bei Bürgermeister, Bezirks- und auch Landeshauptmann gegen eine Zwangsräumung Beschwerde vorbrachten und die schwierige Situation dieser Menschen thematisierten. (u. a. DDr. Gernot Haupt, Institut für Sozialarbeit, Kärnten, engagiert in der Roma-Sozialarbeit in Rumänien; Verein Romano Centro, Wien; Verein Roma-Service, Kleinbachselten/Burgenland; Monika Scheweck, Referentin der Pastore, und Roma-Seelsorger Dr. Fabian Mmagu, Oberwart/Burgenland; Michael Stanzer, Akad.Bildner, Budapest; Karl Helmreich, Pfarrer in Hirtenberg/NÖ und in der Betreuung von Kosovo im Kosovo aktiv; BettelLobbyWien).

Am intensivsten waren die Bemühungen von Pfarrer Pucher. Durch seine Vermittlung kam es zu einem Unterstützungsangebot durch den Präsidenten der Vinzenzgemeinschaft. Dr. Christoph Wötzer bot materielle Soforthilfe an (2.000 Euro für Notunterkünfte oder die Bereitstellung von Sanitäranlagen). Dieses Hilfsangebot wurde von der Gemeinde abgelehnt. Statt dessen gab es das Versprechen, die Gruppe bis zur Abreise mit Lebensmitteln und Müllsäcken zu versorgen. Und das Wichtigste: keine Zwangsräumung unter Polizeieinsatz!

Unsere im Laufe des Dienstags mit der Gruppe geführten Gespräche über mögliche humane Übergangslösungen (die Suche von Notunterkünften oder nach einem Camping-Platz mit sanitären Einrichtungen) nahmen rasch eine Wendung. Die Roma hatten zwischenzeitlich die Entscheidung gefasst, weiter zu fahren. Am Mittwoch-Nachmittag haben sie Terfens verlassen.

Generell ist festzuhalten, dass die Politiker – Bürgermeister Hußl und vor allem Bezirkshauptmann Dr. Mark – nach zahlreichen Aufrufen der AktivistInnen zunächst Einsicht und sogar Verständnis gezeigt haben. Der Feststellung von BH- Stellvertreter Wolfgang Löderle in der TT vom 18. April 2012, dass die Rumänen „sehr, sehr gut organisiert“ wären,

ist entschieden entgegen zu treten. Mit entsprechenden Argumentationen, es handle sich um Bandenkriminalität – organisiertes Betteln – wird seit Jahren in vielen Ländern Politik gegen die Ärmsten der Armen gemacht. Erinnert sei hier an die beabsichtigte Fingerprint-Aktion in Italien im Sommer 2008. Damals sollten allen Roma, vor allem den Kindern, die Fingerabdrücke genommen werden, um sie – so lautete die scheinheilige Definition – vor Missbrauch durch ihre Familien und Bettelbanden zu schützen! Tatsächlich wird damit der in allen Gesellschaften jederzeit abrufbare Antiziganismus geschürt und aktiviert! Pfarrer Wolfgang Pucher tritt seit den 1990er Jahren vor allem in Graz aber auch in Wien gegen diese Diffamierungen an und widerlegt Gerüchte und Verdächtigung von europaweit agierenden Roma-Bettel-Banden.

Auch im Falle der „Terfener Roma“ handelte es sich nicht um Banden, sondern um 5-6 Großfamilien, die sich durch Betteln oder Gelegenheitsarbeiten das notwendigste fürs Überleben erwirtschaften. In ihren Herkunftsländern – Rumänien oder Bulgarien – sind Roma nicht nur zu 90 Prozent arbeitslos, sondern sie werden als Freiwild behandelt, sind ausgegrenzt und verfolgt; körperliche Übergriffe mit Todesfolgen an Roma werden selten geahndet.

Der Lagerplatz unter der Autobahnbrücke ist inzwischen geräumt und wird vorsorglich „geschlossen“, um neue wilde Zuzüge von vornherein zu verhindern. Sicherlich werden auch andere Arme oder weitere Roma-Gruppen nach Westeuropa - und auch nach Tirol – kommen, um nach Existenzmöglichkeiten zu suchen.

Ähnliche Vorfälle könnte in Zukunft ein Durchreiseplatz für reisende Gruppen entschärfen. Bereits seit Sommer 2010 gibt es Vorschläge und Eingaben an Tiroler PolitikerInnen. Ein Vorbild dazu liefert Oberösterreich. Dort gibt es bereits zwei Durchreiseplätze für Roma/Sinti - in Braunau und in Linz am Pichlinger See. Für die Organisation und Betreuung dieser Plätze ist das jeweilige Magistrat zuständig. Den Erstkontakt mit den Durchreisenden übernimmt der Verein Ketani in Linz (Verein für Roma-Sinti in Westösterreich).

Nach wie vor haben europäische Roma wenige Chancen Campingplätze zu finden, die sie als Gäste aufnehmen, vor allem dann, wenn mehrere Gespanne gemeinsam auf die Reise gehen. Stellen ihnen Gemeinden alternative Plätze zur Verfügung, kommt es fast immer zu „Problemen“. Die fehlende sanitäre Ausstattung und damit verknüpfte prekäre Verhältnisse werden den Betroffenen allzu oft als „kulturelles Kennzeichen“ aufgedrückt. Alte Vorurteile brechen auf.

Die Eigenbezeichnung „Roma“ hat sich mittlerweile bis in die Gebirgstäler durchgesprochen. Am traditionellen Umgang mit diesen Menschen hat sich aber wenig geändert. Sie sollen möglichst rasch weiterfahren. Dass es sich bei den eigenen Roma um alteingesessene Staatsbürger handelt, die sesshaft leben und nur ab und zu „auf die Reise gehen“, wissen wenige. Klischeehafte Vorstellungen von „Wanderzigeunern“ („die haben das Nomadenhafte im Blut oder in den Genen“) sind dagegen oft präsent. Und diese Vorstellungen werden durch Romaflüchtlinge aus den südosteuropäischen Ländern neu genährt, fliehen diese EU-Bürger doch vor Armut und Gewalt in den Goldenen Westen, der sie aber nicht will und erneut zu „Nomaden“ macht.

Die von der EU-Kommission im vergangenen Jahr beschlossene „Strategie zur Inklusion der Roma „soll bis 2020 Verbesserungen in allen Mitgliedsländern bringen. Das kann sie nur dann, wenn parallel zu den sozial- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen ein Vielfaches an Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit geleistet wird.

Erika Thurner, Prof. am Institut für Politikwissenschaft, Univ. Innsbruck
Ricarda Kössl, Architektin
Elisabeth Hussl, Politikwissenschaftlerin